



Tagblatt

Engtalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Engtal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.30 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innschweizerischen Vertriebs monatlich 1.50 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reutlingen. — Postkontofonto 291 74 Stuttgart. — Druckerei: Engtalbote Faber & Co., Wildbad; Werzheimer Gewerbetreibende Alltags Wildbad. — Postkontofonto 291 74 Stuttgart. — Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einseitige 16 mm breite Millimeterzeile 4 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 2 Pf.; im Restteil die 20 mm breite Millimeterzeile 12 Pf. — Rabatt nach vorbeschriebenem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Nachträgliche Änderung weg. — Druck: Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sch., Wilhelmstr. 94, Tel. 479. — Wohnung: Villa Subertus

Fehlschläge der Sowjetunion

Das Ende der amerikanisch-sowjetrussischen Freundschaft? — Moskaus Sorge vor englischer Orientierung Frankreichs

Aus Washington kommt die Meldung, das amerikanische Staatsdepartement habe offiziell bekanntgegeben, daß das amerikanische Generalkonsulat in Moskau mit sofortiger Wirkung geschlossen werde. Außerdem werden die Militär- und Marine-Attachés bei der Moskauer Amerikanischen Botschaft abberufen. Das Personal der Botschaft wird verringert. Natürlich wird vonseiten der amerikanischen Regierung diese auffällige Maßnahme als eine rein technische hingestellt, die lediglich dadurch gerechtfertigt sei, daß die erwähnten amerikanischen Dienststellen in Moskau in Zukunft weniger Arbeit vorfinden würden. Man kann aber in politischen Kreisen Washingtons auch bereits die Ansicht hören, die jetzigen Anordnungen bedeuten nur den ersten Schritt zu einem völligen Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Sowjetrußland.

Dann hätte die Freundschaft zwischen Washington und Moskau nicht allzu lange gedauert. Nach den langwierigen Verhandlungen, die Herr Litwinow seinerzeit auf seiner Amerikareise führte, sind in der Nacht vom 16. zum 17. November 1933 die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern laut amtlicher Mitteilung ausgenommen worden. Dieser Akt bedeutete die Anerkennung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten. Sie ist in Moskau damals mit noch größerer Genugtuung aufgenommen worden, als man sich ursprünglich anmerken ließ. Das Verhältnis der Sowjetunion zu Japan spitzte sich immer mehr zu und Litwinow erhoffte sich von einer Annäherung an USA eine wesentliche Entlastung der Situation in Ostasien. Das war aber nicht einmal der einzige Grund dafür, daß er den Weg nach Washington ging. Sowjetrußland braucht Geld und es brauchte auch, nachdem es die in den Jahren vorher so stark ausgebauten wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland gelodert hatte, einen neuen Lieferanten für alle die Dinge, die es zum weiteren Ausbau seiner Industrie nötig hatte. Beides hofften die Außenpolitiker des Kreml in den Vereinigten Staaten zu finden.

Es läßt sich garnicht leugnen, daß man Herrn Litwinow sowohl in den Staatskanzleien von Washington wie in den Industriekontoren der großen amerikanischen Eisen- und Stahlwerke mit Interesse begegnete. Auch Amerika hatte seine japanischen Sorgen, und die Industriefonzerne schauten begierig nach Käufern aus, deren Bestellungen ihre Hochofen und ihre Stahlwerke wieder in Gang bringen sollten. Es schien, ein Geschäft mit vergnügten Mienen auf beiden Seiten geben zu sollen.

Immerhin, die Amerikaner sind smarte Geschäftsleute, die die Rahe nicht im Saal kaufen und die keinen Cent hergeben, wenn er sich nicht rentiert. Da waren noch allerhand Fragen, die mit Moskau geregelt werden mußten, ehe man in ein neues Geschäft hineinstiegen konnte. Da waren vor allen Dingen die 700 Millionen Dollar Schulden, die die einstige Jarenregierung und Kerensti in USA aufgenommen und die die Sowjetregierung bei der Liquidierung des alten kaiserlichen Regimes kurzerhand als für sie nicht verbindlich aus ihren Konten gestrichen hatte. Die Neuporter Finanz war durchaus nicht der Meinung, nun eine neue Anleiherrechnung mit Moskau zu eröffnen und dabei die alten Schulden einfach zu vergessen. Also wurde vom Staatsdepartement in Washington der Sowjetregierung in geeigneter Weise bedeutet, sie müsse zunächst einmal die alten Kriegsschulden grundsätzlich anerkennen. Dann könnte man sich ja darüber unterhalten, wie und in welcher Höhe sie zurückgezahlt werden sollten. Auf diesen Standpunkt mußte die amerikanische Regierung sich umso mehr stellen, als die Johnson-Bill die Kreditgewährung an säumige Schuldner verbietet. Man hat also jetzt wochenlang über diese Dinge verhandelt. Die Russen begehren eine neue Anleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar, die sie allerdings zur Finanzierung von Aufträgen an die amerikanische Industrie verwenden wollten. Von den alten Schulden wollten sie 100 Millionen Dollar anerkennen und diese in 20 Jahren ratenweise tilgen. Das Geschäft schien aber Washington nicht verlockend genug. Man verlangte zunächst einmal eine Anerkennungsgebühr von 150 Millionen Dollar, ohne damit schon über den Erlaß des ganzen Schuldentrestes entscheiden zu wollen. Als Moskau sich zur Bewilligung dieser Forderung nicht verstand, brach Roosevelt die Verhandlungen kurzerhand ab, und Herr Trojanowsky, der russische Botschafter in Washington, soll das Staatsdepartement recht niedergeschlagen verlassen haben, als ihm die entsprechenden Eröffnungen gemacht worden waren. Die Aufhebung des amerikanischen Generalkonsulats in Moskau und die Einschränkung des Botschafterpersonals mit den möglichen weiteren Konsequenzen eines völligen Abbruchs der diplomatischen Beziehungen sind die recht deutliche Antwort, die die amerikanische Regierung nunmehr auf die russische Zahlungsunwilligkeit gibt.

Man wird es in Moskau recht peinlich empfinden, daß dieser diplomatische Mißerfolg mit einer Entwicklung zu-

Tagespiegel.

Eine weitere Verordnung zum Aufbau des Reichsnährlandes betrifft die auf dem Gebiet der Marktordnung gebildeten Zusammenschlüsse.

Dr. Schacht sprach in Breslau über „Wirtschaftspolitische Fragen der Gegenwart.“

Der preussische Ministerpräsident Göring spricht in Rundgebungen für das Winterhilfswerk und wird demnächst auch Freiburg und Stuttgart aufsuchen.

Die Reichsbahn hat einen großzügigen Plan für kostenlose Ausbildung begabter Kinder ausgearbeitet und stellt dazu erhebliche Mittel zur Verfügung.

In allen deutschen Hochschulen fand zur Eröffnung der Saarpfende der deutschen Studentenschaft ein Saar-Applé statt.

Der britische Außenminister Sir John Simon ist am Freitag in Paris eingetroffen. Obwohl der Besuch privater Art ist, trifft er sich mit Ministerpräsident Flandin.

lammensfall, die vielleicht auch in Europa zu einem Fehlschlag der intriganten Politik Litwinows führt. Das Ergebnis der französisch-englischen Besprechung in London wird im Kreml durchaus nicht begrüßt. Wie Litwinow die Anlehnung an USA suchte, so hat er sie auch an Frankreich erstrebt und dabei in Barthou einen ihm sehr angenehmen Gegenpieler gefunden. Litwinow hat dabei von Anfang an auf die französisch-russische Allianz hinausgewollt, von der er allerdings wußte, daß sie nur erreichbar ist, wenn es gelingt, eine französisch-deutsche Verständigung zu hintertreiben. Als sie sich trotzdem am Horizont abzuzeichnen begann, wurde man in Moskau unruhig, und als Herr Laual, weniger von dem Gedanken der Isolierung Deutschlands beherrscht als Barthou, am Quai d'Orsay einzog, suchte Litwinow ihm die Hände durch jenes Genier Abkommen zu binden, in dem dem Ostpakt die unbedingte Priorität vor anderen außenpolitischen Abmachungen Frankreichs ausbedungen wurde. Nun ist in London jenes Projekt einer Luftkonvention der Westmächte aufgetaucht, die unter Umständen nicht nur die Verhandlungsbrücke zwischen Frankreich und Deutschland bilden könnte, sondern die wegen der durch sie gewährten englischen Garantie vielleicht auch das Interesse Frankreichs an Sowjetrußland in den Hintergrund drängen wird. Man sagt dem französischen Ministerpräsidenten Flandin ohnedies nach, daß er ein Anhänger der westlichen Orientierung sei. Moskau läßt zur Zeit alle Mienen springen, um die Ostpaktidee zu stützen, von der man im Kreml weiß, wie schwere Bedenken Deutschland gegen sie zu erheben hat. Aber der Ostpakt ist im Augenblick garnicht Selbstzweck der sowjetrussischen Außenpolitik, sondern ganz offensichtlich Mittel zur Isolierung Deutschlands und — so denkt sich das wenigstens Herr Litwinow — zur Herbeiführung der französisch-sowjetrussischen Allianz. Wenn nicht auch das wieder eine Fehlkonstruktion seiner Außenpolitik sein sollte!

Dr. Schacht über wirtschaftspolitische Fragen

Breslau, 8. Febr. Auf Einladung der Industrie- und Handelskammer Breslau sprach am Donnerstag im Konzerthaus vor etwa 1700 Vertretern der schlesischen Wirtschaft der mit der Führung des Reichswirtschaftsministeriums beauftragte Reichsbankpräsident Dr. Schacht über „Wirtschaftspolitische Fragen der Gegenwart“. Dr. Schacht schickte seinen Ausführungen, die wiederholt durch starken Beifall unterbrochen wurden, voraus, daß ein absolutes Sicheresehen zwischen denen, die leiten, und denen, die ausführen, notwendig sei, ein absolutes Hand-in-Hand-Arbeiten, um an den gewaltigen Aufgaben mitzuwirken, die sich das Dritte Reich gestellt habe. Am zu ermessen, was in den letzten zwei Jahren seit der Machtübergang durch den Nationalsozialismus geschehen ist, müssen wir, so führte der Reichsbankpräsident aus, uns ins Gedächtnis zurückrufen, was vorher war. Nachdem wir den Krieg verloren hatten, der eine Unzahl von Produktionsquellen einfach zum Verschwinden brachte, gab es zwei Möglichkeiten, um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen. Die eine, leider von den Nachkriegsregierungen nicht befolgte, wäre eine friederizianische Politik gewesen, die aus eigener Kraft versucht hätte, das Verlorene wieder aufzubauen. Der Marxismus bediente sich der anderen Möglichkeit, die Dinge einfach treiben zu lassen und Wünsche nach Annehmlichkeiten zu erfüllen. Die Mittel, um eine derartige Politik verfolgen zu können, wurden freilich vom Auslande geborgt.

Dr. Schacht ging sodann über zu der bekannten Krisis des Jahres 1931. Zwei Faktoren haben im wesentlichen zu ihr geführt: das wachsende Mißtrauen über die Zahlungs-

fähigkeit Deutschlands und der Mangel an politischem Vertrauen zu Deutschland. Die damalige Wirtschaftsderoute hatte jene in ungelicher Erinnerung stehende Brünningsche Deflationspolitik zur Folge. Niemals ist unser Warenausfuhrüberschuh so groß gewesen wie 1931. Was war aber die Folge davon? Herabgedrückte Löhne, Anwachsen der Arbeitslosenzahl auf sechs Millionen, eine ruinierte Landwirtschaft und eine ruinierte Volkswirtschaft überhaupt. Diese Politik hat sich zwangsläufig totgelaufen und sie endete mit dem Umschwung, in dem der Nationalsozialismus an die Macht kam.

Dr. Schacht behandelte nun die Fragen der deutschen Außenlandverschuldung, der Rohstoffbeschaffung sowie der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung, wobei er insbesondere die Zusammenhänge zwischen Arbeitsbeschaffung und Rohstoffbeschaffung eingehend darlegte. Er betonte, daß es sehr wertvoll für die Mitglieder der Reichsregierung sei, dann und wann zur Wirtschaft zu kommen und ihr zu sagen, daß es nicht allein an der Regierung liege, wenn die Dinge nicht alle wünschgemäß vorwärts kommen, daß es nicht schlechter Wille, Bürokratie usw. sei, sondern daß die zu bewältigenden Aufgaben überaus schwierig sind, so daß wir Verständnis und Duldung und nicht zuletzt die zuevolle Mitarbeiter der Wirtschaft benötigen. Das folgerichtige Ergebnis der im Außenhandel übernehmenden Schwierigkeiten war der neue Plan, der ein unerlässliches Instrument zur Gesundung der deutschen Wirtschaft ist. Auf eine einfache Formel gebracht, ist der Sinn dieses Planes folgender: Nicht mehr kaufen, als man bezahlen kann, und so viel verkaufen, wie nur irgend möglich. Um das Ziel zu erreichen, daß tatsächlich nur das hereinkommt, was bezahlt werden kann, sind die bekannten Ueberwachungsstellen eingerichtet worden, die die Einfuhr ausnahmslos kontrollieren. Das Ganze basiert auf einem System des „Vordringlichen“, d. h. weniger wichtige Einfuhr wird gegen die lebenswichtige abgehoen.“

Eine Entwertung der Währung so, wie es andere Länder getan haben, kommt für uns nicht in Frage. Wir haben den Beweis erbracht, daß man eine Währung auch ohne Gold aufrecht erhalten kann. Diesem Ziel dient auch der neue Plan. Er muß das eine zeigen: Bedeutet der deutsche Markt noch etwas für das Ausland oder bedeutet er nichts mehr? Sind diese 65 Millionen Konumenten im Herzen Europas etwas wofür sich die Welt interessiert? Die Kompensationsgeschäfte, die so oft mißverstanden worden sind, haben den richtigen Kern, daß nämlich das Ausland, das Deutschland verkaufen möchte, sich nun auch Mühe geben muß, für den Absatz der deutschen Waren auf dem Weltmarkt zu sorgen. Es gibt eine ganze Reihe von Waren, die auch ohne Kompensationsgeschäfte abgesetzt werden.

Dr. Schacht hob dann die Richtigkeit des nationalsozialistischen Grundgedankes hervor, daß die Leistung des einzelnen Menschen wieder in den Vordergrund gerückt werden müsse. Wenn der Einzelne nicht in diesem Sinne arbeitet, kann die Regierung sich bemühen, so viel sie will, sie wird ihr Ziel nicht erreichen. Was nützen Verordnungen, Vorschriften und Gesetze, wenn nicht jeder Einzelne von dem Pflichtgefühl erfüllt ist, daß er in der Gemeinschaft steht und mit ihr zu leben und zu wirken hat und daß er selbst nicht leben und wirken kann, wenn das Ganze nicht besteht.

Im letzten Teil seiner Ausführungen gab der Reichsbankpräsident einen Ueberblick, in wie planvoller Weise der Nationalsozialismus auf dem Gebiete der Finanz- und Kapitalpolitik vorgegangen ist. (Rücksicht über den Kapitalmarkt, Anleihegesetz, Kreditwerbegezet, Zinsentzugsgesetz.) Es ist alles getan worden, um das Vertrauen der Volksgenossen zum Staat zu festigen. Den nicht ausführbaren Plänen hat der Führer eine Politik der Ordnung und des Vertrauens entgegengezet mit der Ueberzeugung, daß man aus keiner Volkswirtschaft mehr herausholen kann, als in ihr ist. Es kommt nicht so sehr darauf an, unter welchen Bedingungen man hierbei vorgeht, sondern vielmehr darauf, daß die Gesamtheit weiß, die Erparnisse des Volkes werden so angelegt, daß dem Einzelnen kein Unrecht geschieht und die Gesamtheit doch eine Förderung erfährt. Wir müssen erkennen, daß wir in einer Notzeit leben und daß wir für ein Jahrzehnt auf Annehmlichkeiten des Lebens, wie wir sie vor dem Kriege hatten, zu verzichten haben. Wir müssen uns bescheiden einrichten, wenn wir durch die Selbstbehauptung und dieses Zusammenstehen die Zukunft unserer Kinder sicherstellen wollen.

Wir befinden uns auf der richtigen Bahn und wir werden unter der nationalsozialistischen Führung unsere Lage meistern, auch wenn sie noch so schwierig ist.

Emigranten allerseits unbeliebt

Der Umschwung der öffentlichen Meinung

Es lag auf der Hand, daß die Auswirkungen des deutschen Saarsieges sich nicht auf die unmittelbaren Folgen, soweit sie die Rückgliederung des Saargebietes betrafen, beschränken würden. Schon in den ersten Tagen nach dem 13. Januar setzte in einem Teil der Weltpresse eine gewisse Geistesforschung ein, die in der Folgezeit sich zu bemerkenswerten Erkenntnissen verdichtete. Am auffälligsten war der Umschwung in Frankreich, wo sich plötzlich Stimmen vernehmen ließen, die man mit einer derartig scharfen Beurteilung des Emigrantenwesens nicht erwartet hätte.

Es ist wirklich kein Zufall, daß jetzt auf der ganzen Linie eine Emigrantendämmerung eingetreten ist. In der Schweiz mehrten sich in den unabhängigen Zeitungen die Stimmen, die gegen das anpruchsvolle Auftreten der Emigranten in Zürich und Basel Front machen. Heute sieht man die Vorgänge, die sich im Zusammenhang mit dem Gastspiel des politischen Kabarets „Die Wassermühle“ und der Auf- führung eines Emigrantenstückes im Züricher Schauspiel- haus abspielten, bereits mit ganz anderen Augen an. Man will zwar den alten Ruhm der Schweiz als des klassischen Asyls politischer Flüchtlinge nicht antasten, fordert aber doch stärkere Ueberwachung und namentlich die Abschlebung dieser unerwünschten Elemente, die in keiner Weise einen Gewinn für das politische oder kulturelle Leben der Schweiz bedeuten. Selbst in Oesterreich hat jetzt die „Reichspost“ einen starken Trennungstrieb zwischen der Politik, die Oesterreichs Freiheit und Selbständigkeit verteidigen will, und der Politik einer gewissen Wiener Presse gezogen, in der Emigrantenjeden Oesterreichertum mit deutschfeind- licher Tendenz gleichsetzt. In Holland hat die Entdeckung der marxistischen Verbindungen außerordent- liches Aufsehen erregt. Angesichts der von der Polizei festge- stellten Wählerlisten gegen das Reich und der gleichzeitig bestehenden Querverbindungen mit revolutionären Orga- nisationen in Holland selbst hat sich mit einem Male die Erkenntnis Bahn gebrochen, welche eine Belastung die Auf- nahme derartiger staatszerstörender Elemente nicht nur für Holland allein, sondern für jedes Land bedeutet. Die Tat- sache, daß deutsche Kommunisten als Instrukteure der kom- munistischen Partei der Niederlande tätig sind, hat in der holländischen Öffentlichkeit eine derartige Bestimmung hervorgerufen, daß in der bürgerlichen Presse von der Re- gierung schärfstes Einschreiten verlangt wird, um so mehr, als die Vorgänge im Zusammenhang mit der Meuterei auf dem Kriegsschiff „Die sieben Provinzen“ noch nicht ver- gessen sind.

Am beachtenswertesten ist jedoch der Umschwung in Frankreich, wohin sich der Strom der Saaremigranten in erster Linie ergossen hat. Schon allein die Tatsache, daß man sie in Fribourg, wenn auch nicht dem Namen so doch aber der Form nach in Konzentrationslager gesteckt hat, kann als Beweis für die erhebliche Abklärung, wenn nicht gar Umschwung der bisherigen Beurteilung angesehen werden. Selbst Max Braun, der sich bis zum 13. Januar der öffentlichen und geheimen Unterstützung französischer Stellen erfreuen konnte, ist heute bereits abgeschrieben. Er ist zwar noch von Herriot empfangen worden, weil zu dessen Ministerbereich die Beobachtung der Auswirkung der Emi- gration auf den französischen Arbeitsmarkt gehört. Aber mehr als das wird wohl kaum gesehen, denn Frankreich hat bereits in der Denkschrift an den Völkerverbund darauf verwiesen, daß es lediglich Geldmittel für die, aus dem Saargebiet zurückkehrenden Franzosen zur Verfügung stellen könnte, nicht aber für alle Emigranten schlechthin. Daß die jüngeren Emigranten bei ihrem Anklopfen um Arbeit und Geld auf die Möglichkeiten der Dienstnahme in der Fremdenlegion verwiesen worden sind, ist im übrigen be- zeichnend genug. Das plötzliche Erscheinen einiger tausend arbeitsloser, vor allem aber unruhiger Menschen, ist nicht nur der französischen Regierung unerwünscht, sondern der gesamten französischen Öffentlichkeit. Der Schriftsteller Paul Morand hat sich allgemeinen Beifall und Zustimmung gesichert, als er unlangst die Frage aufwarf, warum denn gerade Frankreich verpflichtet sein solle, Gastfreundschaft zu gewähren, wenn irgendwem irgendwo auf der Welt die je- weilige Regierung nicht passe.

Wenn nicht alles trägt, wird sich die Antipathie gegen die Emigranten noch weiter verstärken. Es dürfte für sie schwer werden, überhaupt noch ein neues Gastland aus- findig zu machen, da es kaum noch einen Staat gibt, in dem nicht inzwischen die Emigrantendämmerung eingetre- ten ist.

Der Aufbau des Reichsnährstandes Eine weitere Verordnung

Berlin, 8. Febr. Reichsminister A. Walter Darré hat jetzt die vierte Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes erlassen, die besonders die auf dem Gebiet der Marktordnung gebildeten Zusammenschlüsse betrifft. Das Reichsnährstandesgesetz vom 13. September 1933 schuf die gesetzliche Grundlage für den Aufbau des Reichsnährstandes und seiner Marktordnung. Diese will den Abzug landwirtschaftlicher Erzeugnisse im nationalsozialistischen Sinne lenken, daß für Erzeuger und Verbraucher volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise entstehen und daß der richtige Ausgleich erzielt wird zwischen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Einzelbetriebe und den Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls.

Die auf dem Gebiet der Marktordnung gebildeten Zusam- menschlüsse gehören nunmehr dem Reichsnährstand an und sind ihm unterstellt. Die früheren Hauptabteilungen 3 und 4 werden zu- sammengelegt und bilden gemeinsam mit den einzelnen Markt- organisationen (Hauptvereinigungen, wirtschaftliche Vereinigun- gen und Beauftragten) den Grundstock für die Bildung einer neuen Hauptabteilung. Die näheren Einzelheiten in organi- satorischer Beziehung sind durch eine Verfügung des Reichs- bauernführers geregelt.

Dem Reichsnährstand steht nunmehr das Recht zu, die Finanz- gebung, die Personal- und Revisionsverhältnisse der Zusam- menschlüsse einheitlich zu ordnen. Der Reichsbauernführer gibt den Zusammenschlüssen die Satzung, die der Genehmigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bedarf. Im übrigen wacht er darüber, daß bei Durchführung der Markt- ordnung die wirtschaftlichen Bedürfnisse der einzelnen Markt- gebiete gebührend berücksichtigt werden, daß die Tätigkeit der Zusammenschlüsse sich mit Gesetz und Marktordnung im Einklang befindet und daß endlich die ständischen Aufgaben des Reichs- nährstandes und die Notwendigkeiten von Gesamtwirtschaft und Gemeinwohl Berücksichtigung finden. Unberührt hiervon bleibt selbstverständlich die staatliche Oberaufsicht des Reiches und die Zusammenarbeit des Reichsnährstandes mit anderen staatlichen und politischen Stellen.

Staatsbesuche des preussischen Ministerpräsidenten in Dresden und Bremen

Berlin, 8. Febr. Der preussische Ministerpräsident Göring wird am Samstag und Sonntag der sächsischen Hauptstadt Dre- den und am Mittwoch der nächsten Woche der freien Hansestadt Bremen einen Staatsbesuch abkatten. Bei dieser Gelegenheit wird er auch in großen Kundgebungen für das Winterhilfswerk sprechen. Nachmittags findet eine große Kundgebung für das Winterhilfswerk statt. Am Abend besucht Ministerpräsident Göring die sächsische Staatsoper, wo Richard Strauss' Arabella auf- geführt wird. Der Sonntagvormittag sieht einen großen Vorbeimarsch der sächsischen SA, einen Besuch der Gemäldegalerie, um 12.30 Uhr einen Empfang durch die Stadt Dresden im Rat- haus und am Nachmittag eine Besichtigung der Moritzburg und

ihrer Wildbestände, sowie der Forstakademie Tharandt vor. Im Laufe des Monats wird Ministerpräsident Göring noch in an- deren süddeutschen Städten bei großen Kundgebun- gen für das Winterhilfswerk das Wort ergreifen.

Trauerparade für die Reichswehrsoldaten

München, 8. Febr. Die feierliche Trauerparade für die vier am Krotentopf tödlich verunglückten Reichswehrsoldaten fand Freitag in Landsberg am Lech unter riesiger Anteilnahme auf dem Friedhof statt. Nach der kirchlichen Aussegnung, einem dreifachen Ehrensalut erfolgten an den Särgen zahlreiche Kranz- niederlegungen. Im Auftrag des Reichswehrministers legte der Führer im Wehrkreis 7, Generalleutnant Adam, vier Kränze nieder. Unter den Klängen des Liedes „Im Guten Kameraden“ wurden die Särge sodann in die bereitstehenden Leichenkraft- wagen getragen, die die Verunglückten in ihre Heimatorte brachten.

Reichsverkehrsminister Freiherr v. Elg-Rübenach 60 Jahre alt



Am 9. Februar vollendet Reichspost- und Reichsverkehrs- minister Freiherr von Elg-Rübenach sein 60. Lebensjahr. Freiherr von Elg-Rübenach wurde 1875 in Wahn (Rheinland) geboren. Er studierte nach dem Besuch des humanistischen Gym- nasiums in Siegburg an den Technischen Hochschulen in Aachen und Charlottenburg Maschinenbau und arbeitete danach prak- tisch in den Eisenbahnwerkstätten des Eisenbahndirektions- bezirks Köln. Im Jahre 1905 trat er nach Ablegung der Re- gierungsbaumeisterprüfung in den Dienst der Preussischen Staats- bahn ein. Bis 1909 war er als Regierungsbaumeister im Eisen- bahndirektionsbezirk Hannover und später beim Eisenbaha- gentralamt in Berlin tätig. Im Jahre 1911 wurde er technischer Sachverständiger beim Kaiserlichen Generalinsulat in Neuport und fand dort Gelegenheit, das amerikanische Eisenbahnwesen zu studieren. Im Weltkrieg war Freiherr von Elg zunächst zu den Eisenbahnformationen des westlichen Kriegsanlaufes einberufen, von 1916 bis 1917 wirkte er bei der Neugestaltung der Heideisenbahnen in Bulgarien mit und wurde dann dem Feldbahnenchef im Großen Hauptquartier zugeteilt. Im Jahre 1919 wurde er nach vorübergehender Verwendung als Vorstand des Maschinenamts in Düsseldorf in das preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten berufen. Nach der Vereinfachung der preussischen Staatsbahnen wurde Freiherr von Elg im Jahre 1923 zum Ministerialrat im Reichsverkehrsministerium und im Juli 1924 zum Präsidenten der Eisenbahndirektion in Karls- ruhe ernannt. Am 2. Juni 1932 übernahm er im Kabinett Papen die Leitung des Reichspost- und des Reichsverkehrs- ministeriums.

Seine große Arbeitskraft und seine umfassenden Kenntnisse des gesamten Verkehrswezens haben sich während der Verwaltung der beiden Ämter in der Durchführung einer Reihe gesetz- geberischer und anderer organisatorischer Maßnahmen auf allen Verkehrsgebieten ausgewirkt. Aus dem Bereich des Post- und Fernmeldewesens sind hier zu nennen: Aufhebung des Reichs- postfinanzgesetzes, Schaffung eines Postbetrags zur beratenden Mitwirkung, Aufhebung der Poststaatsverträge mit Bayern und Württemberg, wodurch die Sonderrechte dieser beiden Länder beseitigt wurden, Durchführung zahlreicher Verkehrs- und Be- triebsoverbesserungen im Post- und Fernmeldewesen.

Als Reichsverkehrsminister übt Freiherr von Elg die Auf- sicht über die Deutsche Reichsbahngesellschaft aus, leitet die Reichswasserstraßenverwaltung, betreut die Binnenschifffahrt, sorgt für die Entwicklung der Seeschifffahrt und ist maßgebend für die Probleme, welche die Motorisierung der Landstraßen aufwirft. Die Reichswasserstraßenbaupolitik, die bis zur na- tionalsozialistischen Erhebung im wesentlichen auf die Durch- führung der Staatsverträge eingestellt war, die das Reich bei Uebernahme der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich hatte schließen müssen, wurde grundlegend auf die Regulierung der natürlichen Flüsse und auf den Verkehr von und nach den deutschen Seehäfen umgestellt. Die Regulierung der Elbe, die Kanalisierung der Weiser, die Erweiterung des Dortmund-Ems- kanals und der Ausbau der Oder wurden in Angriff genommen oder fortgesetzt, der Bau des Oberschlesischen Kanals, welchem der Führer und Reichsfinanzler seinen Namen gegeben hat, wurde begonnen, die lange Zeit stillgelegten Bauten des Mosritischen Kanals in Ostpreußen wurden wieder aufgenommen.

Die Organisation der Binnenschifffahrt wurde fortgeführt mit dem Ziele, die Kleinschiffer soweit als möglich in den Trans- portprozess einzuschalten.

Auf dem Gebiete der Seeschifffahrt wurde den deutschen Reedern, welche wegen der Entwertung des englischen Pfundes und der an das Pfund angehängten skandinavischen Währungen so- wie des amerikanischen Dollars ihre in Reichsmark zu leistenden Ausgaben nicht mehr mit den in englischer oder amerikani- scher Währung eingehenden Einnahmen abstimmen konnten, eine Währungsbeihilfe gegeben; sie sollte die den Reedern zwangs- läufig entstehenden Verluste zu einem Teil ausgleichen. Die Reedereidienste wurden im Zusammenwirken mit den beteiligten Ueberseezeiten teilweise neu organisiert.

Auf dem Gebiete des Kraftverkehrs wurde auf die unmittel- bare Initiative des Führers der Motorisierungsgedanke lebendig gestaltet. Zahlreiche polizeiliche Hemmungen, die bisher den Kraftwagen festelten, wurden beseitigt und die ganze Straßen- verkehrs-Gesetzgebung, welche den Kraftwagen bisher als einen Eindringling behandelt hatte, auf die modernen Anforderungen des Motorfahrzeuges umgestellt.

Versteigerung in Sibillenkort

Sibillenkort, 8. Febr. Großer Betrieb herrschte am Freitag in Sibillenkort. Im Park waren hunderte von Wagen auf- gefahren. Daneben wurde ein händiger Pendlerverskehr mit Kraftomnibussen von Breslau nach dem Schloß unterhalten. Auch diese Wagen waren stark besetzt. Ebenso lebhaft ging es im Schloß selbst zu. Im Vestibül wurde die Versteigerung ab- gehalten. Etwa 400 ernsthafte Interessenten haben sich all- mählich aus den vielen Besuchern der Vortage herausgebildet. Gleich zu Beginn gab es insofern eine Ueberraschung, als eine kleine Tischlocke, die mit einer Taxe von einer Reichsmark angelegt war, 22 RM. brachte. Die Sensation des Vormittags war zweifellos die Versteigerung der beiden hawaiischen Tabaks- pfeifen, für die ein Erstgebot von 15 RM. vorlag, obwohl sie

nur mit 2 RM. angelegt waren. Der Erlös betrug aber 220 RM. Auch sonst wurden die ausgetobten Gegenstände fast durchweg wesentlich überboten, meistens um das Drei- bis Vierfache. Etwas Zurückhaltung herrschte lediglich bei den Broncen, die nur für den Taxwert weggingen. Lebhaft wurde es dagegen wieder bei den vielen Vasen. Auch hier war eine erhebliche Steigerung des Taxwertes festzustellen. Die Prunk- vase, die wegen ihres Risses mit 800 RM. Taxwert angelegt war, erzielte immerhin 2050 RM. Auch bei den Pendeluhrn ging es lebhaft her. Stücke, die mit 20 RM. angelegt waren, brachten 80 bis 100 RM., während andere, die einen Höchst- taxwert von 50 RM. hatten, bis zu 300 RM. und darüber ergaben.

Verfahren gegen die Führer des Saardeutschstums eingestellt

Saarbrücken, 8. Febr. Der oberste Abstimmungsgerichtshof des Saargebietes hat den zur Zeit wegen angeblicher Verleum- dung, Beleidigung und übler Nachrede auf Veranlassung Heim- burgers und der Emigrantenbeamten der Regierungskommission angeklagten Führern des Saardeutschstums mitgeteilt, daß das Verfahren eingestellt sei, da es sich um eine vor dem 17. Januar begangene politische Sache handelte und keine höhere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu 6 Jahren (!) allein oder nebeneinander zu erwarten sei. Die „Verbrechen“ der Führer der Deutschen Front fallen also demnach unter die Amnestie- verordnung der Regierungskommission vom 22. Januar. Wie es innerlich, hatte die Regierungskommission seiner Zeit wegen ei- ner Denkschrift der Deutschen Front Strafantrag gestellt.

Simon in Paris

Am Italiens Beitritt zum Luftabkommen

Paris, 8. Febr. Sir John Simon ist am Freitag in Paris eingetroffen. Er wird mit Außenminister Laval, der immer noch das Zimmer hüten muß, nicht zusammenkommen, aber Gelegen- heit haben, sich auf dem Festessen der französisch-englischen Han- delskammer mit Ministerpräsident Laval über die bis- herigen Auswirkungen der Londoner Vereinbarungen zu unter- halten. Die Einstellung Italiens zum vorgezogenen Luft- abkommen dürfte von beiden Staatsmännern besonders erörtert werden. Uebereinstimmend wird aus Rom und London ge- meldet, daß Italien das Luftabkommen nicht unterzeichnen wolle, da es nur für Westeuropa gelte und die italienischen Grenzen nicht garantiere.

In den diplomatischen Kreisen Englands erwartet man an- scheinend, soweit sich aus den hier vorliegenden Nachrichten er- sehen läßt, daß Italien trotz seiner Einstellung zur Frage des Luftabkommens dem englisch-französischen Gesamtplan seine Unterstützung nicht verweigern werde. Flandin und Simon werden auch zu den Nachrichten aus Ost- und Mitteleuropa Stellung nehmen, wonach die einseitigen Verbündeten Deutschlands die Nichtigkeitsklärung der militärischen Bestimmungen der Fried- ensverträge auch für sich in Anspruch nehmen möchten.

Sir John Simon wird am Samstag in den Mittagsstunden auf dem Luftwege nach London zurückkehren.

Französische Kammerabstimmung — Vorbote einer Krise?

Paris, 8. Febr. Das Ergebnis der Abstimmung über die vom Ministerpräsidenten Flandin am Donnerstag in der Kammer gestellte Vorfrage war in den Wandelgängen lebhaft bespro- chen worden, weil der Ministerpräsident bisher noch nie eine so geringe Anzahl von Stimmen auf sich vereinigt hat und weil man in diesem Ergebnis die ersten Vorboten einer Krise des Burgfriedensabkommens erblicken wollte. Das ursprünglich ver- öffentlichte Ergebnis von 318 gegen 202 Stimmen ist für die Regierung aber noch günstiger, als die Wirklichkeit ausweist. Denn nach genauer Prüfung hat sich herausgestellt, daß nur 299 Abgeordnete für den Antrag Flandins und 254 dagegen gestimmt haben. 46 Radikalsozialisten mit Daladier und George Bonnet an der Spitze, 10 Abgeordnete der radikalen Linken und 17 Mit- glieder der unabhängigen Linken haben neben den Sozialisten und anderen ausgesprochen marxistischen oder kommunistischen Gruppen gegen Flandin gestimmt. Bezeichnend für die Stim- mung in radikalsozialistischen Kreisen ist auch der Umstand, daß sich ihre Fraktion mit der sozialistischen Fraktion dahin ge- einigt hat, die Entwaffnung und Auflösung der sogenannten faschistischen Organisationen zu einem gemeinsamen Vorstoß gegen die Regierung zu machen und ihre sofortige Beratung nach der Erledigung des Reformprogramms für das Justizministerium zu beantragen. Man will den Ministerpräsidenten mit aller Gewalt vor die Entscheidung stellen, zwischen den rechtsgerech- teten Organisationen und den Linksvorbänden zu wählen.

Macdonald über das englisch-französische Uebereinkommen

London, 8. Febr. Ministerpräsident Macdonald hielt in Lon- ton in der Grasshaff Bedford eine Rede, in der er sich mit dem englisch-französischen Abkommen beschäftigte. Dieses Abkommen sehe die wirksamste Vorbeugungsmaßnahme gegen einen Angriff vor, die jemals von der internationalen Diplomatie geschaffen worden sei. Wenn es irgendwo in der Welt einen Angreifer geben sollte, der einen Krieg plane, so wisse dieser Staat, daß er, sobald er seine Flugzeuge zum An- griff gegen seinen Feind entsende, er sich einer Verbündung von Mächten gegenüber befinde, die ihm einen Sieg vollständig un- möglich machen würden. Dies sei ein großer Schritt zum Frieden, ein großer Schritt, um einen Krieg unvorstellbar und un- möglich zu machen. Außerdem würde Großbritannien, wenn dennoch ein Krieg ausbräche, nicht allein dastehen, Macdonald äußerte sodann die Ansicht, sowohl Deutschland (?) wie Frankreich hätten Forderungen gestellt, die Großbritannien in dieser Form nicht annehmen könne. Die Schwierigkeit bei einer solchen Frage bestehe darin, zu entschei- den, mit wem man zu verhandeln anfangen solle. Wir be- gannen, so sagte der Ministerpräsident, mit beiden Län- dern gleichzeitig und gaben Frankreich eine Erklärung ab, die gegenwärtig vom deutschen Volk gerühmt wird. Ich hoffe, das Ergebnis wird sein, daß Deutschland von neuem in Völkerverbund erscheinen wird mit dem „Ehrenrang“, auf den es Anspruch erhebt, Frankreich und Deutschland könnten dort in Sicherheit miteinander sprechen und die Folge dieser Aus- sprache würde hoffentlich darin bestehen, daß die zerstörte Straße zu einem größeren internationalen Abkommen über die Rüstungen wiederhergestellt würde und daß die Nationen einen weiteren wesentlichen Schritt in Richtung auf den Frieden zurücklegen würden. Zu dem englisch-französischen Abkom- men über einen Luftangriff erinnerte Macdonald daran, daß die Arbeiterpartei im Jahre 1924 das Genfer Protokoll an- genommen habe, das sich auf die gleichen Gedankengänge grün- det. Einige Leute seien anscheinend ziemlich beunruhigt durch den Vorschlag des Luftabkommens. In früheren Kriegen, wo nur Land- und Seestreitkräfte in Frage kamen, habe es bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten Tage gedauert. Heute könnten schon innerhalb von sechs oder acht Stunden nach der Kriegserklärung feindliche Flugzeuge über den wichtigsten

Städten eines Landes erscheinen. Bei solchen Bedingungen könne man sich nicht lagelang überlegen, was zu tun sei. Man müsse schnell handeln. Wenn man zögern würde, so würde dies nur eine Ermüdung zum Angriff für den Angreiferstaat bedeuten.

Benesch verteidigt den Völkerbund

Prag, 8. Febr. Im Deutschen Volksbildungsverein "Arania" sprach am Donnerstagabend der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch über die Frage: „Befindet sich der Völkerbund tatsächlich in einer Krise?“ Dr. Benesch stellte an die Spitze seiner Ausführungen die Feststellung, daß die tschechoslowakische Außenpolitik als einen Grundpfeiler ihrer ganzen Tätigkeit immer dem Völkerbund angesehen und daß an dem Bestehen des Völkerbundes der ganze tschechoslowakische Staat Interesse habe. Die Deutschen in der Tschechoslowakei hätten ein Interesse daran, daß die Tschechoslowakei eine Politik des Friedens betriebe, daß sie ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten, vor allem zu Deutschland, in dem Geiste friedlichen Zusammenlebens ordne und alle zwischen ihr und Deutschland bestehenden Auswärtigen Beziehungen auf friedliche Weise löse. Solange über die Innen- und Außenpolitik des Staates mit zu entscheiden habe, werde er immer die Genfer Politik verfolgen und verteidigen. Dann gab Dr. Benesch ein Bild der Tätigkeit des Völkerbundes. Die schwerste Krisenperiode des Völkerbundes könne als überwunden angesehen werden. Unter Hinweis auf die Erfolge des Völkerbundes bei der Regelung der Saarfrage und des südslawisch-ungarischen Konfliktes erklärte Dr. Benesch, die bisherige Bilanz des Völkerbundes sei sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht entschieden als aktiv anzusehen; im Ganzen sehe sich die durch den Völkerbund begründete neue rechtliche und politische Ordnung, normal, wenn auch nicht immer erfolgreich durch. Eine schwache Seite des Völkerbundes sei das Verhältnis der Großmächte zu den kleinen Staaten. Die Frage, ob sich der Völkerbund in einer Krise befinde, sei demnach verneinend zu beantworten. Er arbeite zwar schwer um seine Anerkennung, Autorität und Macht. Es fehle auch nicht an Stimmen, die nach Reformen riefen. Einige wollten den Völkerbund mit größerer Exekutivgewalt ausstatten. Dies würde aber die Schaffung eines Überstaates bedeuten, eine Lösung, für die die Welt noch nicht reif sei. Zum Schluß führte der Minister aus, daß der Völkerbund noch eine Zukunft vor sich habe.

Kostenlose Ausbildung für außergewöhnlich Begabte

Berlin, 8. Febr. Der großzügige und vorbildliche soziale Plan der Deutschen Reichsbahngesellschaft zur Förderung außergewöhnlich begabter Kinder von Eisenbahnern wird jetzt, wird das RdZ. meldet, in den Einzelheiten bekannt. Danach wird die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft von 1935 an alljährlich einen hohen Betrag für diese Zwecke zur Verfügung stellen. Für das laufende Jahr sind 100 000 RM. hierfür vorgesehen; diese Summe dürfte aber für die kommenden Jahre nennenswert erhöht werden. Die Reichsbahn will mit den genannten Mitteln den Aufstieg außergewöhnlich begabter Knaben der bei ihr beschäftigten Arbeiter und Beamten der untersten Besoldungsgruppen durch ausreichende Finanzhilfen ermöglichen mit dem Ziel, diesen Begabten eine bessere Allgemeinbildung zu vermitteln. In Ausnahmefällen soll auch der Besuch einer Hochschule ermöglicht werden. Das Werk soll in erster Linie begabten Söhnen kinderreicher Familien zugute kommen. Dabei ist, wie das RdZ. noch hört, von besonderer Wichtigkeit, daß es sich hier nicht um eine Art Erziehungszuschuß oder Beihilfe handeln soll, sondern daß in den geeigneten Fällen die Reichsbahngesellschaft alle entstehenden Kosten für den Knaben übernimmt, selbst wenn dabei einmal ein Monatsbetrag von 200 RM. herauskommen sollte.

Olympia-Ausstellung in Berlin

Berlin, 8. Febr. Das starke Interesse, das die vom Reichssportführer und vom Propaganda-Ausschuß für die Olympischen Spiele veranstaltete Olympia-Ausstellung findet, kam bereits bei der Eröffnung in Berlin am Freitag vormittag durch den Reichssportführer zum Ausdruck. Reichssportführer von Tschammer und Osten umriß in seiner Eröffnungsansprache Sinn und Zweck dieser Ausstellung. Das Werk der Vorkämpfer auf dem Reichssportfeld in Garmisch-Partenkirchen sei eine der geschichtlichen Großtaten Adolf Hitlers. Olympia-Vorbereitung sei eine Schule für die gesamte Nation. Die größten und wichtigsten Teile der Ausstellung würden im Jahre 1935 und im Frühjahr 1936 als Wanderausstellung durch alle deutschen Gauen gehen. Der Reichssportführer schloß mit der Aufforderung an alle zu weiterer Mitarbeit. An die Aussprache schloß sich die Vorführung eines olympischen Werbes- und Kulturfilms.

Saarpapell an allen deutschen Hochschulen

Eröffnung der Saarpapell der deutschen Studentenschaft
Berlin, 8. Febr. An allen deutschen Hochschulen fanden Appelle der Studierenden zum Gedenken der deutschen Brüder von der Saar statt. Gleichzeitig wurde der Verkauf des Saarpapells von den deutschen Studentenschaft eröffnet. Auf dem Appell der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität sprachen vom Balkon des Universitätsgebäudes aus der Reichsführer der deutschen Studentenschaft, Pg. Feiderl, und der Kreisführer und Studentenschaftsführer der Universität Berlin, Japle.

Kreuzer Karlsruhe nahm an der 400-Jahrfeier Lima teil

Kiel, 8. Febr. Der Kreuzer Karlsruhe hat anlässlich der 400-Jahrfeier der Stadt Lima mit einer Abordnung an der Grundsteinlegung des Humboldt-Denkmal und an einer Parade vor dem peruanischen Staatspräsidenten teilgenommen. Am 5. Februar hat der Staatspräsident dem Kreuzer Karlsruhe einen Besuch abgestattet und nach der Befestigung des Schiffes an einem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück an Bord teilgenommen.

Hauptmann-Prozess

Neuer Entlastungszeuge für Hauptmann

Hemmington, 8. Febr. Bei der weiteren Zeugenvernehmung im Hauptmann-Prozess wurde am Freitag Ernoort Volmer, der Besitzer einer Tankstelle in der Nähe von Lindberghs Landhof vernommen, durch dessen Aussagen Hauptmann stark entlastet wird. Der Zeuge sagt aus, daß ein grüner Kraftwagen mit mehreren Personen vor der Entführung des Kindes mehrere Male an seiner Tankstelle vorbeigefahren sei. Zum letzten Mal habe er diesen Kraftwagen am Nachmittag des Entführungstages gesehen. In dem Wagen hätten sich ein Mann und eine Frau befunden, an der Rückseite des Wagens sei eine Leiter angehängt gewesen. Hauptmann habe sich nicht in diesem Kraftwagen befunden. Der Zeuge hob noch hervor, daß er beim Tanken des Kraftwagens Gelegenheit gehabt habe, sich die Leiter genau anzusehen, und er glaube, in der zur Entführung benutzten Leiter diese seiner Zeit an dem Kraftwagen angehängte Leiter wieder zu erkennen.

Als weiterer Zeuge im Hauptmannprozess wurde der Zimmermann und Mühlenbauer Miesle als Holzjahrwerständiger vernommen. Er sagte aus, daß das Längsstück von der zur Entführung benutzten Leiter keineswegs von dem gleichen Holz stamme, wie das Fußbodenbrett auf dem Hauptmannschen Dachgeschoß. Anschließend wurde bekanntgegeben, daß die Beweisaufnahme beendet ist. Insgesamt haben über 50 Entlastungszeugen für Hauptmann ausgesagt.

Wahlbündnis

zwischen Kroaten und serbischer Landwirtepartei

Belgrad, 8. Febr. Die innenpolitische Entwicklung nimmt angeht die für Mai angelegten Neuwahlen für die Stupschina die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit so sehr gefangen, daß die außenpolitischen Vorgänge stark in den Hintergrund gedrängt werden. Größtes Aufsehen erregte die Nachricht, daß die Kroaten die Absicht haben, ihre Zurückhaltung aufzugeben und in die Politik zurückzutreten. Der Kroatenführer Dr. Matijevic, der Nachfolger des erschossenen Stephan Raditsch, richtet nämlich einen Brief an den ehemaligen Führer der serbischen Landwirte, Dragoljub Sowanowitsch, in dem er ihm mitteilt, daß er dessen Angebot als gemeinsamer Listenträger der Kroaten und serbischen Landwirte angenommen habe. Sowanowitsch sandte an Matijevic sofort ein Telegramm, in dem er ihm für diesen Entschluß dankte.

Wie bekannt, stand Dr. Matijevic in den letzten fünf Jahren unter strenger Polizeiaufsicht. Zweimal war er in Prozesse verwickelt worden, wobei er beim zweiten Prozeß zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er mußte zwei Jahre abtun. Das dritte Jahr wurde ihm nach dem Tode des Königs Alexander im Gnadenweg erlassen. Sein Bundesgenosse Dragoljub Sowanowitsch ist Universitätsprofessor und war vor dem Staatsstreich im Jahre 1929 Führer des linken Flügels der serbischen Landwirtepartei.

Bei den Wahlen werden mindestens drei Parteien um den Erfolg ringen; die Regierungspartei mit dem Listenträger Matijevic, die kroatisch-serbische Bauernpartei mit Matijevic an der Spitze und die sog. Volkspartei mit dem sechigen Abgeordneten Hodzjera als Listenträger.

Dr. Matijevic teilte Sowanowitsch mit, er habe die Absicht, im Wahlbündnis mit den serbischen Landwirten für die Verwirklichung der kroatischen Ziele im Rahmen des südslawischen Staates zu kämpfen, d. h. mit anderen Worten, daß er sein autonomistisches Programm gegenüber der zentralistischen Verfassung aufrechterhalte. Er fügte jedoch sofort hinzu, daß die Wahrscheinlichkeit nur gering sei, „unter dem jetzigen Regime“ sein Programm durchsetzen zu können. Er scheint demnach entschlossen zu sein, den Kampf um die kroatischen Forderungen mit der alten Entschiedenheit wieder aufzunehmen.

Tagung des Volksauschusses der Sowjetunion

Moskau, 8. Febr. Auf der ersten Tagung des Volksauschusses der Sowjetunion wurde das Präsidium unter Borisch Kalinin gewählt. Es wurde ein Haushaltsausschuß, sowie der Generalkrat für Nationalitätenfragen gebildet. Der Rat der Volkskommissare unter dem Vorsitz Molotows wurde sodann vom Volksauschuß beauftragt. Ferner wurde über die Wahl eines besonderen Ausschusses zur Ausarbeitung der Bundesverfassung. In diesen Ausschluß wurden 31 Personen unter dem Vorsitz von Stalin gewählt. Stalin nahm die Wahl an. Er wird den Vorsitz des Verfassungsausschusses in der nächsten Woche übernehmen.

Sokales

Wildbad, 9. Februar 1935.

Weibliche Jugend im Reichsberufswettbewerb

Am bevorstehenden Reichsberufswettbewerb, der mit einem vom 17. bis 24. Februar stattfindenden Schaulerntwettbewerb eingeleitet wird, wird auch die weibliche Jugend teilnehmen, und zwar werden von den 1 Million Teilnehmern des Reichsberufswettbewerbes ein Drittel, also 350 000 Mädel sein. Die Mädel der Jahrgänge zwischen 15 und 21 Jahren werden sich am Wettbewerb beteiligen, das entspricht also den Altersklassen des W.M. Im Gegensatz zu der teilnehmenden männlichen Jugend werden die Mädel nicht in vier Leistungsklassen eingeteilt, sondern in drei Stufen von 15-17, 17-19, und 19-21 Jahren. Diese Jahrgänge entsprechen im allgemeinen den drei Lehrjahren.

Die Schwierigkeit des bevorstehenden Reichsberufswettbewerbes besteht auch bei der Aufgabenstellung für die Mädel in der Beschaffung möglichst gleichwertiger Arbeitsgeräte. Gerade in dieser Hinsicht werden sich immer zwischen Stadt und Land starke Unterschiede ergeben. Man wird für Stadt und Land beispielsweise nicht immer die gleichen

Wahrgelände, die gleichen hauswirtschaftlichen Apparate zur Verfügung haben. Doch aus den Fehlern des ersten Reichsberufswettbewerbes im vergangenen Jahre hat man gelernt und wird versuchen, sie in diesem Jahre nach Möglichkeit auszuscheiden.

Die Aufgaben selbst sind nicht so zentralisiert wie im Vorjahre. Der erste weitausgehende Teil wird einen Ueberblick über das Wissen der Mädel ergeben und ihre Haltung zum Nationalsozialismus und zur deutschen Kultur erlenken lassen. Der zweite Teil ist hauswirtschaftlichen Aufgaben gewidmet, und zwar sollen kurze sachliche Aufgaben gestellt werden, die auf hauswirtschaftliche Dinge wie Kochen und Nähen abgestellt ist. In der dritten Leistungsklasse, die also für die 19-21jährigen in Frage kommt, wird praktisches Kochen verlangt.

Dem allgemeinen und hauswirtschaftlichen Teil schließt sich der fachberufliche an. Er beginnt mit einer kurzen theoretischen Aufgabe, die etwa zwei Stunden umfassen wird. Der Reichsberufswettbewerb der Mädel wird in etwa 7-8 Stunden durchgeführt. Bei den Kämpfen von den Gauen werden drei Mädel von jeder Gruppe in ihren Arbeitskreisen sein. Auch dem Berufswettbewerb der deutschen Mädel wird sich ein sportlicher Teil anschließen.

Mit Begeisterung sieht die deutsche Jugend dem bevorstehenden Reichsberufswettbewerb entgegen. Eine Million Jungen und Mädel werden an dem großen Wettstreit teilnehmen, und schon allein durch diese Begrenzung der Zahl wird betont, daß die Teilnahme am Reichsberufswettbewerb für jeden Jungen, für jedes Mädel eine Ehre bedeutet. Zweck und Ziel des Reichsberufswettbewerbes ist es, den bzw. die besten schaffenden jungen deutschen Menschen zu ermitteln. Durch die Angleichung sportlicher Wettkämpfe ist jedem kleinlichen Berufsstrebertum ein Riegel vorgezogen. Sportliche und berufliche Leistung zusammen ergeben erst die vollwertige Leistung, den ganzen Menschen.

Das ganze deutsche Volk sieht mit Spannung dem Berufswettbewerb der deutschen Jugend entgegen. Er wird zugleich allen anderen Nationen zeigen, daß der Wille der deutschen Jugend auf friedliche Arbeit, aber auf hochwertige Leistung gerichtet ist.

Anträge auf Ausstellung von Handwerkskarten

Der Landeshandwerksmeister für Südwestdeutschland teilt aus mit:

Auf Grund der Dritten Verordnung über der vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks vom 18. Januar d. J. gehen bei den Handwerkskammern dauernd Anträge auf Ausstellung von Handwerkskarten ein. Damit nicht unnötigerweise solche Anträge gestellt werden, weise ich auf folgendes hin:

1. Jeder selbständige Handwerker (ob mit oder ohne Meisterprüfung) wird auf Grund der Handwerksnovelle vom 11. Februar 1929 in die Handwerksrolle der zuständigen Handwerkskammer eingetragen, sofern er seinen Betrieb vor dem 24. Januar 1935 eröffnet und ordnungsmäßig bei der zuständigen Gemeindebehörde angemeldet hat. Der Stellung eines besonderen Antrages auf Eintragung in die Handwerksrolle bedarf es in diesen Fällen nicht.

2. Für alle in die Handwerksrolle eingetragenen oder einer Pflichteintragung als Mitglied angehörenden Handwerker wird die Handwerkskarte von Amts wegen zu gegebener Zeit ausgestellt. Einem besonderen Antrages auf Ausstellung der Handwerkskarte bedarf es also nicht.

3. Handwerker, die nach dem 31. Dezember 1930 geboren und erst nach dem 31. Dezember 1931 in die Handwerksrolle eingetragen sind, können auf Grund der Uebergangsbestimmungen der Dritten Verordnung vom 18. Januar d. J. noch bis zum 31. Dezember 1933, auch ohne Meisterprüfung, ein Handwerk selbstständig ausüben. Falls diese bis zum 31. Dezember 1933 die Meisterprüfung nicht ablegen, erfolgt mit diesem Zeitpunkt die Löschung der Eintragung ihres Betriebes in der Handwerksrolle; damit verlieren diese Personen die Berechtigung zur Weiterführung ihres Betriebes. Deshalb sind handwerkliche Betriebsführer, bei welchen die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, dringend an die rechtzeitige Vorbereitung zur Ablegung der Meisterprüfung zu erinnern.

4. Auf die vor dem 1. Januar 1932 in die Handwerksrolle eingetragenen Gewerbebetriebe finden die Bestimmungen der erwähnten Verordnung keine Anwendung. Aber auch diesen Betriebsführern ist in ihrem eigenen Interesse zu empfehlen, sich nachträglich noch der Meisterprüfung zu unterziehen.

Handwerker, die vom 24. Januar 1935 ab (dem Inkrafttreten der Dritten Verordnung vom 18. Januar d. J.) einen selbständigen Handwerksbetrieb eröffnen wollen, müssen den Nachweis einer mit Erfolg abgelegten Meisterprüfung erbringen oder die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen besitzen.

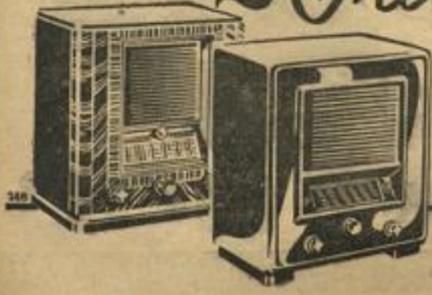
Die Gemeindebehörden dürfen keine Neuanmeldungen von handwerklichen Gewerbebetrieben annehmen, solange nicht der Gewerbetreibende eine Bescheinigung der zuständigen Handwerkskammer vorlegt, daß er in die Handwerksrolle eingetragen worden ist.

Württemberg

Stuttgart, 8. Febr. (130 000 Abzeichen am letzten Sonntag.) Der letzte Sammeltag des Winterhilfswerks am vorigen Sonntag hat wiederum mit einem sehr guten Ergebnis abgeschlossen. Von den Steinnußknopfabzeichen, die im Reichsgebiet Thüringen hergestellt wurden, wurden in Stuttgart 130 000 Stück verkauft.

Ausstellung. Die Württ. Landesanstalt für Erziehung und Unterricht (Vorstand Oberregierungsrat Dr. Gahmann) hat in Verbindung mit anderen staatlichen Stellen in der König-Karl-Halle des Landesgewerbemuseums Stuttgart, Kanzelestr. 19, eine Ausstellung aufgebaut, welche die Gebiete Erblehre, Erbpflege, Familienkunde, Rassenkunde, Bevölkerungspolitik und Vor- und Frühgeschichte umfaßt. Diese Ausstellung will eine Schau der wichtigsten im Handel befindlichen und von Schulen selbst herstellbaren

2 Meister der Töne - 2 Meister des Akkords



Telefunken stellt Ihnen zwei Geräte der Telefunken-Meisterklasse zur Wahl:
TELEFUNKEN-»Tonmeister« (ein 3-Röhren-Gleichlaufempfänger) m. Röhren RM 222,- + Sperrkreis RM 5,-
TELEFUNKEN-»Meister Super« (ein Super mit Kurzwellenteil) RM 284,- bzw. RM 289,- mit Röhren.
Beide Geräte sind auch auf Teilzahlung erhältlich.



TELEFUNKEN

DIE DEUTSCHE WELTMARKE



Lehr- und Lernmitteln zu den bezeichneten Gebieten darzustellen. Die Schau ist außerordentlich reichhaltig und übersichtlich angeordnet. Für den Lehrer ist besonders wertvoll, daß die Arbeit der Schule in selbsthergestellten graphischen Darstellungen, Stammtafeln, familientunlichen Uebungsheften, selbstgezeichneten Lichtbildern und Werkgegenständen zum Ausdruck kommt. Außerdem enthält die Schau auch württembergisches Sondergut, so die rassenkundlichen Forschungsergebnisse des rassenbiologischen Instituts Tübingen und Darstellungen des Württ. Stat. Landesamts über württembergische Bevölkerungs- und Schülerbewegung. Die Ausstellung ist bis 17. Februar jedermann unentgeltlich zugänglich.

Saar-Appell. Auch an der Technischen Hochschule Stuttgart fand heute vormittag ein Appell der Studierenden statt, der dem Dank an die deutschen Brüder an der Saar gewidmet war und mit dem gleichzeitig der Verkauf des Saarakzeichens der Deutschen Studentenschaft eröffnet wurde. Der Führer der Stuttgarter Studentenschaft, Schöpfer, verlas den Aufruf des Reichsführers der Deutschen Studentenschaft. Für den erkrankten Rektor sprach Professor Dr. Weikel über den Sinn der Saarpfende der Deutschen Studentenschaft, bei der es darauf ankomme, bei dieser Gelegenheit zu dokumentieren, daß heute der deutsche Student dem deutschen Arbeiter an der Saar im Sinne der wahren Volksgemeinschaft die Hand reiche.

H. Geburtag. Geh. Regierungsrat Emil Dürr, der Präsident des Finanzgerichts beim Landesfinanzamt Stuttgart vollendet das 60. Lebensjahr. Geboren in Weiskirchen, studierte er in Tübingen Rechtswissenschaften und war dann mehrere Jahre im Justizdienst tätig. Dann wurde er in den württ. Finanzdienst übernommen. Bei der Einführung der Reichsfinanzreform nach dem Ende des Weltkriegs wurde er in die Verwaltungsabteilung des Reichsfinanzministeriums berufen. Von hier kehrte er 1922, als in Stuttgart der Finanzgerichtshof eingerichtet wurde, als dessen Vorstand in die Heimat zurück.

Göppingen, 8. Febr. (Grippe-Erkrankungen.) Die Grippe geht in der hiesigen Gegend immer noch stark um. Nachdem erst vor kurzem aus Salach über 300 Erkrankungen davon gemeldet wurden, hat das in den letzten Tagen herrschende nächtliche Wetter eine weitere Zunahme der Erkrankungen in Eichenbach und Eisingen verursacht.

Balingen, 8. Febr. (Vom „Lohenheim“.) Für das Lohenheimheim sind im Ehrensaal des Wilhelm-Murr-Hauses elf Entwürfe von bezirksangehörigen Architekten öffentlich ausgestellt worden. Für das Projekt des Lohenheims sind bereits 75 000 RM. bereitgestellt. Der Gesamtaufwand ist zu 130 000 RM. veranschlagt. Für das Heuberggebiet erhofft man von dem Werk vorteilhafte wirtschaftliche Auswirkungen.

Balingen, 8. Febr. (Balingen ohne Schulden.) Von dem hiesigen Gemeinderat sind unter Führung von Kreisleiter Kiener eine Reihe von Regelungen und Vereinfachungen in der ziemlich verwickelten städtischen Ver-

mögens- und Finanzverwaltung durchgeführt worden, so daß die wirkliche Sachlage für jedermann leicht und klar zu erkennen ist. Es steht nunmehr fest, daß die Stadtgemeinde Balingen im Grunde keine Schulden hat, und im jetzigen Voranschlag wie auch in den Haushalten der nächsten Jahre eine Erhöhung der Umlage ausgeschlossen ist.

Blauweuren, 8. Febr. (Verschönerung des Blautopfes.) Ueber die wegen Abbruch des Stabels am unteren Blautopf zu ergreifenden Maßnahmen wurde das Württ. Landesamt für Denkmalpflege gehört. Professor Schwentel hat auf Grund eines Augenscheins verschiedene wertvolle Anregungen gegeben. Die südliche Seite des Unterwassers am Blautopf soll durch eine Natursteinmauer abgeschlossen werden. Unbedingt notwendig sei die Befestigung des Starkstromastes und die Verlabelung der dort liegenden Leitung. Die D. E. M. haben in einem Schreiben mitgeteilt, daß sie gerne bereit seien, über die Durchführung der Verlabelung mit der Stadtverwaltung zu verhandeln und einen auf Grund der Stromabnahme des städt. Pumpwerks für sie tragbaren Teil der Kosten, die etwa 1500 RM. betragen werden, zu übernehmen.

Ravensburg, 8. Febr. (Diamantene Hochzeit.) Am Freitag feierte Zugmeister a. D. Josef Korle und seine Frau Johanna, geb. Schäffler, das Fest der diamantenen Hochzeit.

Wemmingen, 8. Febr. (Gasrohrbruch.) In ihrer Wohnung an der Niedbachstraße wurden am Donnerstag früh der 70jährige, im Ruhestand lebende Werkmeister Johannes Seeger und seine 42 Jahre alte Tochter Lina Seeger tot aufgefunden. Die Feststellungen der Polizei ergaben, daß der Tod durch ausströmendes Gas eingetreten ist. Ein Rohr der Gaszufuhr war durch eine Erdstüttung geborsten, sodaß große Gas Mengen ausströmten und den Tod der beiden herbeiführten.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Mädchenmord aufklärt. Der Mord an der 16jährigen Anna Glander in Schwarme bei Bremen ist aufgeklärt. In der benachbarten Scheune, die kurz nach der Aufdeckung der Mordtat in Flammen aufging, wurde die Leiche des 18-jährigen Heinrich Blome gefunden. Blome, der zweifellos den Mord beabsichtigt hat, hat sich erhängt.

Kraftwagenunglück bei Bad Ems. Auf der Landstraße zwischen Bad Ems und Dausenau ereignete sich ein schweres Kraftwagenunglück, der drei Polizeibeamte zum Opfer fielen. Vier Beamte der Koblenzer Polizei befanden sich in einem Lastkraftwagen auf der dienstlichen Rückfahrt nach Koblenz. Sie begegneten einem Personenkraftwagen, dessen Lichter nicht abgeblendet waren. Der Führer des Polizeiwagens wollte einen Zusammenstoß vermeiden, geriet dabei jedoch in den Straßengraben. Der Wagen stieß schief gegen eine Weinbergmauer. Die Beamten wurden herausgeschleudert. Hierbei wurden drei Beamte getötet und einer schwer verletzt.

Stand der Rundfunkteilnehmerzahl am 1. Februar. Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer im Deutschen Reich betrug am 1. Februar 1935 6 439 232 gegenüber 6 142 921 am 1. Januar. Im Laufe des Monats Januar ist eine Zunahme um 296 311 Teilnehmer (4,8 v. H.) eingetreten. Unter der Gesamtzahl am 1. Februar befinden sich 453 845 Teilnehmer, denen die Rundfunkgebühren erlassen sind, darunter 304 346 Arbeitslose.

Ein Buch unter den Zeitschriften ist „Volk und Welt“: In sehr guter Ausstattung und stark formatiert, über 200 Seiten Umfang, davon rund 50 Abbildungen auf Kunstdruckpapier. Dennoch nur eine Mark! Wirklich schon die äußere Leistung imponierend, so erst recht der auffallend wertvolle Inhalt. Politik und Wissen, Kunst und Fortschritt, Unterhaltung und Allgemeines werden gut gegliedert und so interessant dargeboten, daß man dieses große Monatsbuch als die Spitzenleistung auf dem deutschen Zeitschriftengebiet bezeichnen darf. Hinzu kommen die zahlreichen Abbildungen, deren vorzüglicher Druck besonderes Lob verdient. „Volk und Welt“ wächst über den Rahmen einer Zeitschrift weit hinaus; es ist ein monatliches Buch, wie man es sich schon lange gewünscht hat. Auch der niedrige Preis ist erstaunlich. Wer daher „Volk und Welt“ bestellt, wird zufrieden und sogar begeistert sein.

„Der Deutsche Rundfunk Funk-Post“ Illustrierte Rundschau mit dem ausführlichen Rundfunk-Programm der Welt. Jetzt 80 Seiten stark. Verlag Rothgiefel und Dießing AG, Berlin R 24. Einzelheft 25 Pfg. Monatsbezug 85 Pfg.

Die neueste Nummer der Rundfunkprogrammzeitschrift „Der Deutsche Rundfunk Funk-Post“ ist besonders interessant gestaltet. Der Leitartikel befaßt sich mit neuen Wegen der Programmgestaltung, wie sie vom Intendanten des Deutschlandsenders, Goeh Otto Stoffregen, für die Zukunft vorgesehen sind. Bei dieser Sender in allen Bezirken und im entfernten Ausland gehört wird, ist der Artikel für alle Rundfunkhörer von ganz besonderem Interesse.

Zur bevorstehenden Automobil- und Motorrad-Ausstellung in Berlin erscheint in diesem Heft ein reich illustrierter Aufsatz über die Rennwagenkonstruktion der letzten 20 Jahre. Der Hochsaison in St. Moritz ist eine schöne Bildseite gewidmet.

Dr. Eugen Resper bringt interessante Mitteilung über die Technik von Gemeinschaftsendungen. Die Postschule schließt mit den Schaltungen zum Dektorempfänger ihr erstes Kapitel über die Grundlagen der Rundfunktechnik.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt, Wildb. L. Schwarzwald (Geb. 13. Gsch.) SW. 1. 35 710

Kurverein Wildbad e. V.

Das lt. Beschluß der Hauptversammlung angefertigte Mitgliederverzeichnis des Kurvereins e. V. liegt in dessen Büro zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Bevor das Verzeichnis den Mitgliedern zugestellt wird, ist den Kurinteressenten Wildbads Gelegenheit gegeben, sich als Mitglied einzutragen.

Der Vorstand.



Schwarzwaldverein Ortsgruppe Wildbad.

Sonntag, 10. Februar, abends 8 Uhr, im Hotel zur Post

Hauptversammlung mit Familienabend

unter Mitwirkung

von Willi Schutz, Leiter der Schwarzwälder Schattenspiele.

Hierzu ergeht Einladung an die Mitglieder u. ihre Angehörigen Gäste herzlich willkommen.

Evangelischer Gottesdienst.

5. Sonntag nach dem Erscheinungsfest, den 10. Febr. 9.45 Uhr: Predigt (Text: 1. Thessal. 1), P. D. Füllkrug, Berlin. Kein Kindergottesdienst. 1 Uhr: Christenlehre (Töchter), Stadtpfarrer Dauber. 8 Uhr: Vortrag: Erlösung von Christus oder durch Christus? P. D. Füllkrug.

Montag, den 11. Februar. 4 Uhr Bibelstunde: Der Christ und die Wiedergeburt. 8 Uhr Vortrag: Kann man sein Leben noch einmal neu anfangen?

Dienstag, den 12. Februar. 4 Uhr Bibelstunde: Der Christ und die Gewißheit. 5.30 Uhr: Wie kann den Lebensmüden geholfen werden? 8 Uhr Vortrag: Ist mit dem Tode alles aus?

Mittwoch, den 13. Februar. 4 Uhr Bibelstunde: Der Christ im Kampf des Lebens. 8 Uhr Vortrag: Das letzte Reich. Abendmahlsfeier. — Die Bibelstunden werden im Gemeindefaal, die Abendvorträge in der Kirche gehalten. Die Gemeindeglieder sind herzlich eingeladen, diese besondere Gelegenheit fleißig zu nützen.

Donnerstag, den 14. Februar. Waldenserkino in der Kirche. 5 Uhr für Kinder, 8 Uhr für Erwachsene.

In Sprollenhaus:

Mittwoch den 13. Februar. 2 Uhr Frauennachmittag.

Katholischer Gottesdienst.

5. Sonntag nach dem Erscheinungsfest, den 10. Febr. 7.15 Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Amt, 5.45 Uhr Christenlehre und Andacht. Werktags: 7.15 Uhr hl. Messe. Freitag 7.30 Uhr hl. Messe.

Beichtgelegenheit: Samstag nachm. von 4 Uhr an, Sonntag in der Früh, Werktags vor der hl. Messe. Kommunionausteilung: Vor und während jeder hl. Messe und des Amtes.

Milcherzeuger-Bereinigung Wildbad.

Am Sonntag den 10. Februar 1935, nachmittags 2 Uhr, findet im „Ratskeller“ (Rebenzimmer) unsere

Hauptversammlung

statt, wozu sämtliche Kuhhalter eingeladen sind. Anschließend wird Ortsbauernführer Treiber über die Erzeugungs-schlacht und Ortsbaumwart Schöber über Obstbaumpflege sprechen.

Der Vorstand: Rueh.



Liebe Schwiegermama

????
Jawohl, ein Brief von Deinem Schwiegersohn! Nanu wieso? Unsere Wohnung gefällt uns von Tag zu Tag besser. Das verdanken wir Deinem guten Rat: Kaufft Eure Möbel bei Trefzger Schwiegermütter haben also doch immer recht. Man sollte doch mehr auf sie hören. Dein bekehrter Schwiegersohn

TREFZGER-MÖBEL / Pforzheim
Schloßberg 19



Hotel Post

Samstag und Sonntag

Schlachtpartie

Ein aussichtsreiches Angebot

bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch ein Inserat

im „Wildbader Tagblatt“

Spendet für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1934-35

3-4-Zimmerwohnung

(2 Zimmer mit Balkon) mit reichl. Zubehör, auf 1. April zu vermieten. Auskunft erteilt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Kirchenchor Wildbad.

Die Singstunde heute abend fällt aus. Sänger und Sängerinnen werden gebeten, sich vollständig am Sonntag vorm. 9 Uhr in der Kirche zu versammeln.

Alle Invalidenrentner

von Wildbad mit Parzellen treffen sich am Sonntag nachmittags 2 Uhr im Gasthaus zur Sonne zu einer wichtigen

Besprechung

Redner: Dr. Dinkelacker, Stuttg. Ortsgruppenwarter: R. Müller.

Familiendrucksachen

jeder Art liefert in kürzester Frist Wildbader Tagblatt.

Fett, Öl und Schmutz, sie müssen weichen, denn

IMi
säubert ohne Gleichen!

Gummi-Neberschuhe

werden repariert im Schuhhaus Wildh. Treiber.

Wer würde kommenden

Wittwoch an einer Autofahrt nach Stuttgart teilnehmen (Rheingold). Fahrpreis hin und zurück 5 Mark. Austausch d. die Tagblattgesch.

Winterhilfs-Lotterie



LOS PREIS 50 PFENNIG

Hauptgewinn

RM 5000

SOFORTIGER GEWINNENTSCHEID

